

»Eine Schule für Alle«

Die bildungspolitischen Initiativen der Bremer GEW seit 1999

Jürgen Burger

■ Die bildungspolitische Diskussion ab 2000 war stark durch die PISA-Tests dominiert. Ihre Wirkung war zweischneidig: Zum einen wurde der Erfolg von Bildung und Erziehung auf messbare, ökonomisch verwertbare Qualifikationen reduziert, zum anderen gab der internationale Vergleich Anlass zu einer kritischen Diskussion über den Zustand des deutschen Bildungswesens. Die GEW, die auf ihrem Bundesgewerkschaftstag 2001 »Eine Schule für Alle« gefordert und die mangelnde Bildungsfinanzierung angeprangert hatte, legte ihren Schwerpunkt auf diese beiden Aspekte. Die Kultusministerkonferenz legte es dagegen darauf an, eine Diskussion über das gegliederte Schulsystem zu verhindern und verordnete mehr Leistungstests, mehr Ganztagschulen und mehr frühe Bildung.

Die schrittweise Einführung des Zwei-Säulen-Systems und die Kritik der GEW

Beide Richtungen waren auch an »Runden Tisch Bildung« vertreten,

den Bildungsminister Lemke nach der Veröffentlichung der Bremer Ergebnisse einberufen hatte. Dort sprach sich eine Mehrheit für ein »längeres gemeinsames Lernen« aus. Alle Schulleitungen der Sek.-I-Zentren und Gesamtschulen forderten einen gemeinsamen Unterricht bis zur neunten Klasse. Die Empfehlungen des Runden Tisches und das Schulleiter-Votum vom Oktober 2002 wurden jedoch vom Senat ignoriert und 2003 vereinbarten SPD und CDU im Gegensatz dazu die Abschaffung der Orientierungsstufe. Die GEW organisierte zusammen mit der Gesamt-Schüler*innen-Vertretung (GSV) und dem Grundschulverband eine Protestkundgebung am 10. Dezember 2003 mit ca. 2000 Teilnehmer*innen, die von den Grünen und den Jusos unterstützt wurde. Das 2005 verabschiedete neue Schulgesetz restaurierte das Gymnasium ab Klasse fünf und fasste gleichzeitig die Haupt- und Realschulabteilungen der Schulzentren zur »Sekundarschule« zusammen.

In den nächsten Jahren stieg der Anteil der Gymnasialschüler*innen auf 43% an. Die Probleme der Sekundarschule wurden immer größer. Die neue rot/grüne Koalition berief daher 2007 einen »Fachausschuss Schulentwicklung« ein, in dem GEW, GSV und viele Referent*innen wiederum ein längeres gemeinsames Lernen einforderten. Die neue Bildungsministerin Jürgens-Pieper vereinbarte dage-

gen mit der CDU und den Grünen den »Bremer Schulkonsens«, der ein Zwei-Säulen-System auf zehn Jahre fest schrieb. Die Zahl der Gymnasien wurde auf acht festgelegt und alle Sek.-I-Zentren und Gesamtschulen wurden zu Oberschulen. Die Oberstufenzentren wurden abgeschafft und einige Oberschulen erhielten eine eigene kleine Oberstufe. So entstand faktisch wieder ein dreigliedriges System aus Gymnasien, Oberschulen mit gymnasialer Oberstufe und Oberschulen ohne Oberstufe. Gleichzeitig wurde ohne Vorbereitung der Kollegien beschlossen, die Förderzentren für Lernen, Sprache und Verhalten aufzulösen und die Schüler*innen in die Oberschulen zu schicken. Das Gymnasium blieb davon unberührt.

In den folgenden Jahren konzentrierte sich die GEW auf Forderungen und Fortbildungen zum Aufbau der neuen Schulform. Die jährlichen »Oberschultage« fanden breite Resonanz, zumal die Vorbereitung und Steuerung des Neuaufbaus durch die Bildungsbehörde unzulänglich waren. Die Widersprüchlichkeit der herrschenden Bildungspolitik – einerseits Auslese der leistungsstärkeren Schüler*innen für das Gymnasium, andererseits der Anspruch auf Inklusion – führte zu komplizierten Debatten innerhalb der GEW. Auf dem Bremer Gewerkschaftstag 2010 wurde dies erstmals deutlich. Während ein Teil der Delegierten eine Befürwortung der Inklusion ohne wenn und aber forderte, machten viele Delegierte aus den Oberschulen die Realisierung von ausreichenden personellen und schulorganisatorischen Bedingungen abhängig, da sonst die Probleme der neuen Schulform anwachsen würden. Da diese besseren Bedingungen bisher nicht bereitgestellt wurden, dauert die Diskussion bis heute fort.

Eröffnung des Oberschultages 2010. Die Oberschultage waren nach der Einführung des Zwei-Säulen-Modells ein wichtiges Forum für Erfahrungsaustausch und bildungspolitische Stellungnahmen.

Foto: GEW



Ein weiteres Dauerthema war seit PISA 2000 die Ausweitung von Leistungskontrollen und Test in allen Schulformen. Sie führten häufig zu Mehrarbeit für die Lehrkräfte und zu einer Ausrichtung des Unterrichts auf die Testergebnisse. Die GEW unterstützte und organisierte Proteste in der Grundschule und der Gymnasialen Oberstufe. Außerdem entwickelte sie im Rahmen des bundesweiten »Zukunftsforums Lehrer*innenbildung« Initiativen, die auf eine bessere Ausbildung in Studium und Referendariat abzielten.

Bündnisse für eine bessere Bildungsfinanzierung

Fast alle bildungs- und berufspolitischen Debatten waren und sind überlagert von der chronischen Unterfinanzierung, insbesondere in Bremen. Der von der Bundespolitik erzwungene Personal- und Leistungsabbau hat immer wieder zu großen Protestaktionen geführt.

Diese waren umso wirkungsvoller, wenn sich ein Bündnis der Betroffenen auf gemeinsame Forderungen und Aktionen einigte. Die Liste dieser Aktionen ist lang: 1999 gemeinsam mit den Elternvertretungen gegen den Abbau der »Vollen Halbtagschule«, 2000 mit den Eltern gegen die Erhöhung der Klassenfrequenzen in den Gesamtschulen, 2005 mit der GSV und den Studierendenvertretungen gegen die Kürzungsbeschlüsse der Großen Koalition und gegen Studiengebühren, 2007 mit den Uni-Gremien gegen die Streichung von Studiengängen durch den »Hochschulentwicklungsplan V«. Zu einer kontinuierlichen Zusammenarbeit von GEW, GSV, Zentral-Eltern-Beirat (ZEB), Grundschulverband und mehreren Initiativen kam es 2011 im »Bremer Bündnis für Bildung« (BBB). Die Probleme an den Schulen hatten sich seit 2009 zugespitzt, da der Umbau des Schulsystems ohne ausreichende Planungskapazitäten und die Inklusion

ohne ausreichende Förderkapazitäten begonnen worden waren. Nach mehreren Großdemonstrationen trat Bildungsministerin Jürgens-Pieper zurück. Seitdem erkennt der Senat den Zusatzbedarf zumindest teilweise an, verweist aber auf fehlende ausgebildete Lehrkräfte und versäumt es, ausreichend in die Ausbildung zu investieren. Dies führte 2016 zu einer Neuauflage des Bündnisses, erweitert um den Schulleitungsverband. Durch eine Online-Petition, unterzeichnet von über 5000 Bremer*innen, wurde der Öffentlichkeit deutlich gemacht, dass die Bremer Bildungsausgaben weit hinter den anderen Stadtstaaten zurückliegen.

Mit diesem Rückblick auf die letzten beiden Jahrzehnte ist die BLZ-Serie zum 70. Geburtstag der Bremer GEW beendet. Sie soll, erweitert um Quellen- und Literaturangaben und einige Dokumente, als Buch erscheinen. j.b.

70
Jahre
GEW

190
Jahre
Bremer
Lehrervereine
Teil 16

Anzeige



**HALLO
HIER SPRICHT DEIN
HERZ**

Testen Sie unsere Herz-Formate für Schüler zwischen 10-15 Jahren! Die Teilnehmer nehmen ein echtes Herz unter die Lupe und lernen seine Funktionsweise kennen.
www.hallo-herz.de

Für
Schulklassen:
JETZT
FORSCHERZEIT
IM UNIVERSUM®
BUCHEN!

Eine Initiative der Stiftung Bremer Herzen, der AOK Bremen/Bremerhaven und des Universum® Bremen

